

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Wettbewerbsnachteile für deutsches Güterkraftverkehrsgewerbe beseitigen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- die deutsche Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das im europarechtlichen Rahmen zulässige Mindestmaß zu reduzieren mit dem Ziel, sie ganz abzuschaffen,
- die „Öko-Steuer“ genannten Mineralölsteuererhöhungen zurückzunehmen, mindestens aber die geplanten nächsten Stufen auszusetzen,
- die für das Jahr 2003 angekündigte Erhöhung der Autobahnbenutzungsgebühr und ihre Umstellung von der Zeit auf die Streckenbezogenheit unter strikter Wahrung der Kostenneutralität für das deutsche Verkehrsgewerbe auszuführen,
- die Planungen aufzugeben, durch eine Verlängerung der Abschreibungsfristen (AFA-Tabellen) die Steuern versteckt zu erhöhen,
- die bestehenden Defizite bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehrsgewerbe innerhalb der EU in einem Harmonisierungsbericht aufzuzeigen und sie abzubauen,
- durch die EU-Osterweiterung keine zusätzlichen Harmonisierungsdefizite entstehen zu lassen.

Berlin, den 25. Oktober 2000

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

